

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 11. Februar 2010

Antrags-Nr. 10-F-25-0012

Demografische Anforderungen an die Pflegeberufe

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 28.01.2010 -

Vorbemerkung:

Die demografische Entwicklung in Deutschland wird erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung haben.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden als Trägerin kommunaler stationärer Altenhilfe und ambulanter Beratungsdienste steht in der Verantwortung, auf diese demografische Entwicklung Antworten zu geben, um dem sich abzeichnenden Mangel an Pflegekräften rechtzeitig begegnen zu können.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- ob in den kommunalen Einrichtungen der Altenpflege derzeit ein Mangel an Fachkräften besteht?
- ob ein Anstieg des Fachkräftemangels in den nächsten Jahren befürchtet wird?
- welche Gegenmaßnahmen ggf. ergriffen wurden?
- welche Altenpflegeeinrichtungen in Wiesbaden selbst ausbilden und ob alle Ausbildungsplätze besetzt sind?
- wie hoch der Anteil der Wiedereinsteiger in den Altenpflegeberuf ist?
- wie hoch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Altenpflegeberuf ist?
- ob Umschülerinnen und Umschüler ausgebildet werden?
- ob die Ergebnisse aus der europäischen „NEXT Studie“, die die Gründe für den vorzeitigen Ausstieg aus der Pflege untersuchte, in das Qualitätsmanagement der Pflegeeinrichtung einfließen?
- ob über eine kommunale Ausbildungseinrichtung ein Beitrag zur Altenpflegeausbildung geleistet werden könnte?
- wie viele Hauptschülerinnen und Hauptschüler bisher die Möglichkeit zur Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege genutzt haben und wie hoch die Abbrecherquote ist?

Beschluss Nr. 0066

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 28.01.2010 betr.

Demografische Anforderungen an die Pflegeberufe

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2010

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2010

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister